



Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Städten erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. drei Hörnchen 2.50 M. (halbmonatl. 1.25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2.20 M. ohne Belebungsgeschäft / Verlag: Dresdner Verlagsgeellschaft m. b. H. Dresden-Alt. Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postgeschäftsstelle Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgeellschaft Schriftleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckanstalt: Arbeiterdruckerei Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Bezugspreis: Die neuromal gesetzte Kompatellezeitung oder deren Raum 0.35 RM. für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreisprachigen Teil einer Zeitschrift 1.50 RM. Anzeigen-Ablaufnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Redaktion Dresden-Alt. Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 22. Mai 1928

Nummer 118

Giftgasmord in Hamburg

Mehrere 350 Vergiftete, Panik unter der Bevölkerung / 141 Bergarbeiter im brennenden Bergwerk eingeschlossen
Der Wahlsieg der Kommunisten im Spiegel der Presse / Ruf nach der Großen Koalition

Todesopfer des neudeutschen Imperialismus

Hamburg, 21. Mai. Die Telunion verbreitete folgende neue Meldung zur schweren Giftgas Katastrophe in Hamburg: „Zu den im Krankenhaus St. Georg verstorbenen fünf vergifteten Personen kommen noch weitere, die inzwischen ihren Vergiftungen erlegen sind. Die Zahl der Todesopfer der Katastrophe erhöht sich damit auf sieben. Nachdem die Feuerwehr den Inhalt des Behälters in großer Verdünnung in den Kanal gepumpt hat, kann nunmehr die Gefahr als beseitigt angesehen werden. Wie die bisherigen Feststellungen ergeben, ist das Unglück darauf zurückzuführen, daß ein Behälter mit Phosgen, einem verflüssigten Gas, durch Löcher des sogenannten Domes beschädigt wurde. Die Beschädigung beruhte anscheinend auf einem äußerlich nicht erkennbaren Materialfehler, denn der Kessel war von den zuständigen Stellen in ordnungsmäßiger Weise geprüft und hatte zu irgendwelchen Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. In den verschiedenen Krankenhäusern sind ungefähr 350 Erkrankte eingeliefert worden, weitere 350 Personen mußten das Geschehen räumen und wurden in den Auswandererhallen untergebracht. Da das Gas seine schädigende Wirkung mindestens acht Tage behält, ist zu erwarten, daß sich die Zahl der Erkrankten noch erhöht. Sämtliches in dem Gebiet sich befindliches Vieh wurde abgeschlachtet.“

Die Berliner Feuerwehr hat in der letzten Nacht zwei Brandräte im Automobil nach Hamburg gesandt, um an die Hamburger Feuerwehr die angeforderten Gasmasken und Sauerstoffapparate abzuholen. Die Hamburger Feuerwehr wird versuchen, mit den entstandenen Apparaten an den Ausbruchsort des Giftgases in der Fabrik zu gelangen, um die Gasbehälter zu schließen.

Die Giftgas Katastrophe in Hamburg hat einen großen Zahl Menschen das Leben gekostet. Noch sind die Folgen unabschätzbar. Ein großer Teil der Kranken wird kaum mit dem Leben davonkommen, im günstigsten Falle lebenslänglich gesundheitlich schwer beeinträchtigt sein.

Im letzten Augenblick, wo versucht wird, der Ausbreitung des Unglücks entgegenzuwirken, wird auch schon der Versuch unternommen, die Ursachen zu verschleiern. Natürgemäß hat sich die gesamte Bevölkerung eine große Erregung bemächtigt. Wie bei allen Katastrophen, wird die Schuldfrage auferrollt. Bei dem Hamburger Unglück handelt es sich aber um mehr, als nur danach zu fragen, ob eine besondere Fahrlässigkeit, ungünstige Umstände oder sonstige Umstände die Katastrophe verschuldet haben. Die Giftgaswaffen von Hamburg sind das Symbol des neuen Krieges, sind die Bedeutung des imperialistischen Charakters der deutschen Republik. Seit Jahren wollen wir darauf hin, daß Deutschland immer stärker in die Kriegsfront der kapitalistischen Staaten eintritt, und nicht nur ideologisch, sondern

mit den modernsten Mitteln der Kriegstechnik sich rüstet, um in dem entscheidenden Augenblick seine Kriegsbereitschaft neu erneut zu können.

Am selben Tage, wo die Sozialdemokraten den Grundstein für die Regierungsumnahme und Große Koalition legen, wo sie bereit sind bedingungslos die Kriegspolitik des Böterbundes und der Sowjetfeinde zu unterstützen, erscheint das Hamburger Unglück als Symbol ihrer kommenden Politik.

Das Giftgaslager in Hamburg ist nur ein kleiner Teil der Kriegspolitik Deutschlands. Hier ist nur ein winziger Teil jener geheimnisvollen Millionen angelegt, die aus dem von den Sozialdemokraten bewilligten Wehrkredit entnommen wurden. Hamburg ist nicht der einzige Lagerplatz für Giftgas. Die gesamte deutsche chemische Industrie mit ihren unerhörten Produktionsanlagen bildet die gewaltige Quelle für die Erzeugung. Nur weil im Laufe der letzten Jahre, weil seit 1918 die Produktionsstätten der Kapitalisten übersehen wurden, weil durch die Politik der Sozialdemokraten und Gewerkschaften die Arbeiter zu willkürlichen Ausbeutungsobjekten gemacht wurden, konnte die ungebührliche Rüstung zum Krieg vor sich gehen.

Es ist bezeichnend, daß der Berliner sozialdemokratische „Abend“ vom 21. Mai als erster ein großes Abenteuermonat

injiziert. Für die SPD ist der Schuldige nicht der deutsche Kapitalismus, der die Giftgas erzeugt, sondern es ist, wie nicht anders von der SPD erwartet werden kann, Sowjetrussland, das angeblich in Deutschland Giftgas herstellt und auf dessen Konto das Unglück in Hamburg zurückzuführen ist. Die angeblichen Verbündeten, die im Sommer 1922 zwischen deutschem und russischem Militär bestanden haben sollen, angebliche Abrüstungsunternehmungen, die seinerzeit gegründet wurden, werden jetzt als Urzüge des Hamburger Giftgaslagers angeführt. So verläuft die Sozialdemokratie die Opfer, die in Hamburg vorhanden sind, als Opfer der Sowjetunion hinzuzählen.

Die Arbeiter müssen dieses Mandat durchschauen. Sie müssen erkennen, daß die Sozialdemokratie diese Art der Propaganda entfaltet, um die Schuldfrage zu verdecken, um den Weg für ihre eigene Rüstungspolitik freizuhalten.

Hamburg zeigt deutlich die Gesicht eines kommenden Krieges. Durch das Unglück wird deutlich demonstriert, mit welchen barbaren Methoden man den Krieg gegen Rußland führen will. Die Arbeiter mögen daraus erkennen, wohin der Weg dieser Republik führt, und wie bürgerliche Parteien und Sozialdemokraten sich dabei einig sind, die deutsche Arbeiterschaft mit allen Mitteln in ihre Kriegspolitik einzugliedern. Die größte Massenfahrt und politische Auflösung ist notwendig. Das Hamburger Unglück muß die deutschen Arbeiter aufweden und sie verpflichten, den Kampf gegen die Kriegsproduktion mit allen Mitteln zu führen.

Wahlerfolg — verstärkter Massenkampf

Von Ernst Schneller

Das vorliegende Wahlergebnis bestätigt vollkommen die von der Partei seit langem aufgezeigte Perspektive: Linksentwicklung, Radikalisierung, Revolutionierung der werttätigen Massen. Alle großbürgerlichen Parteien haben an Stimmen und Mandaten verloren.

Die Deutschnationalen sind von 110 Mandaten auf 73 zurückgegangen, die Deutsche Volkspartei von 50 auf 44, das Zentrum, das bisher immer stabil war, von 68 auf 62, die Demokraten von 32 auf 25. Viele Parteien insgesamt haben von 260 Mandaten 54 verloren, also über 20 Prozent.

Ein Teil der von den großbürgerlichen Parteien abgewanderten Wähler ist zur Wirtschaftspartei und zur Volksrechtspartei (Aufwarter) gegangen — typische Kleinbürgerparteien, die ihre Wähler in der Illusion wiesen, der „Mittelstand“ könne eine eigene selbstständige, möglicherweise sogar führende Rolle spielen — Parteien, die durch ihre Führer offen an die Parteien der Groß-



Darum wurde J. R. Bechers „Lebosit“ von der Justiz verboten



bourgeoisie verlaufen werden. Der auschlaggebende Teil ist zur KPD und zur SPD gegangen. Die SPD hat zu ihren 181 Mandaten 21 hinzugewonnen, das sind 16 Prozent, die KPD ist von 45 auf 54 gestiegen — oder um 20 Prozent!

Wir wollen die Wahlergebnisse — zumal genaue Einzelmeldungen noch nicht vorliegen oder noch nicht gesichtet werden können — heute nicht schon in einzelnen untersuchen, sondern befrüchten uns zunächst auf eine allgemeine Würdigung. Das Wahlergebnis ist für die Parteien in den einzelnen Gebieten ziemlich ungleichmäßig. In allen den Gebieten, wo die SPD nicht unmittelbar durch Koalitionspolitik belastet ist und sich als Oppositionspartei auch im Landesmaßstab — Bayern, Württemberg, Thüringen, Sachsen — ausspielt, vermöchte die SPD die von den bürgerlichen Parteien abgewanderten Stimmen für sich zu buchen, während wir selbst — mit Ausnahme von Sachsen — verloren, da unsere Organisationen nicht genügend imstande waren, den Scheinkradatzismus der SPD zu entlarven. Ebenso haben wir an Stimmen verloren, wo unsere Partei organisatorisch schwach verankert ist: Mecklenburg, Braunschweig, Hannover. In allen entscheidenden Industriegebieten hat die Partei ihre Position behauptet und zum Teil sehr stark verbessert, doch Wiederholung in den schwächeren Gebieten nicht nur ausgeglichen, sondern auch ein großer politischer Erfolg erzielt werden konnte. Unser Erfolg konzentrierte sich auf die ökonomisch und politisch bedeutsamsten Gebiete. Allen voran marschiert Berlin, wo die Partei ihre Stimmenzahl ganz nahe an die SPD heranbrachte: SPD 397 000, KPD 347 000. In einigen Arbeitervierteln wurde die SPD von der KPD überflügelt, vor allem im Wedding, wo 89 300 kommunistische Stimmen gegen 75 800 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. In Sachsen ist der kommunistische Zusatz größer als der sozialdemokratische.

Die KPD — von der der „Vorwärts“ noch vor wenigen Tagen schrieb: Wenn sie überhaupt Stimmen bekommt! — ringt in allen entscheidenden Industriegebieten mit der SPD unmittelbar um die Führung der Arbeiterschaft; sie hat der SPD trotz des großen Apparates der reformistischen Führer (Gewerkschaften, Genossenschaften, Krankenkassen, Staatsapparat) und ihres schändlichen Kampfes gegen die Kommunisten, auch trotz der beträchtlichen Störungsarbeit der Moskowschen Beraterpartei. Stell für Stell an Boden gewonnen! Diese wichtige Tatsache kann nicht hart genug hervorgehoben werden! Denn sie zeigt, welche großen Erfolgsmöglichkeiten die Partei für die Zukunft nicht nur in diesen, sondern auch in den übrigen Gebieten hat — auch in ancheinend stabiler Situation. Sie ist berufen, durch entschiedene Vertretung der Interessen der Arbeiter und aller Werkstätigen unter stärkster Hervorhebung der revolutionären Endziele zum Sammelpunkt, zum Führer für immer breitere Massen zu werden.

Die SPD, die mit ihrem Kampf gegen Deutschnationale und Kommunisten den klassenhaften Charakter der gegenwärtigen und kommenden Auseinandersetzungen zu bestimmen versucht, die bewußt die Partner einer flüchtigen, dringend herbeigeführten